

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Heft 12-2022 | EUR 9,00 | C 12232



Steffen Lehndorff: Gewerkschaften und Transformation
Richard Detje: Galeria Kaufhof – unendliche Geschichte



Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Susanne Ferschl,
Jan Richter, Stephanie Odenwald,
Claus-Jürgen Göpfert, Ingar Solty,
Detlef Umbach, Wolfgang Müller,
Björn Radke, Joachim Bischoff

2024
again?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf www.Sozialismus.de

Vor einer Ära der Inflation?

Der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Agustín Carstens, befürchtet den Übergang in eine Ära der Inflation: Die Welt steht »an der Schwelle zu einer neuen inflationären Ära«. [...]

Zur Wahlwiederholung in Berlin

Nicht nur bei Twitter herrscht Chaos, sondern auch in Berlin, das allerdings schon länger. Berlin hat offensichtlich Schwierigkeiten bei der Exekution grundlegender demokratischer Prozesse wie Wahlen. Dies ist schädlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. [...]

Die Zeit für einen Wechsel ist reif

In der Türkei hat der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl Mitte Juni 2023 begonnen. Für die Erdogan-Regierung, die seit mittlerweile 20 Jahren amtiert, wird es eng. Der Präsident verliert aufgrund der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise und der Strategien der Oppositionsparteien an Boden. Diese schmieden ein Bündnis für die Wahlen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter www.Sozialismus.de

Heft Nr. 12 | Dezember 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 478

Brücken bauen für das Klima?

Björn Radke: »Auf dem Highway in die Hölle«? Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27 2

Der Traum von Größe und die harten Realitäten

Ingar Solty: »Alle gegen rechts«? Die USA zwischen rechtsautoritärem Nationalismus, ohnmächtigem Antifaschismus und sozialistischen Politikansätzen 7

Detlef Umbach: Bidens Rettung 13

Hinrich Kuhls: Austeritätspolitik als Markenzeichen der Tory-Regierungen Vom Traum von Globaler Größe zur Realität der Brexit-Folgen 16

Wolfgang Müller: Stabilität und gemeinsamer Wohlstand

Die KP Chinas hat auf dem 20. Parteitag einige neue Akzente gesetzt 22

Joachim Bischoff: Russlands Ökonomie vor dem Kriegswinter 27

Paradigmenwechsel

Bernhard Müller: Die AfD: vom »gärrigen Haufen« zur rechtsextremen Partei ... 32

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter: DIE LINKE braucht einen Klassenkompass 36

Stephanie Odenwald: Paradigmenwechsel für die Wirtschaft? Das ab 2023 wirksame »Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten« 40

Claus-Jürgen Göpfert: Cum Ex: Eine Hydra mit vielen Köpfen. Die Tricks zur Steuervermeidung schädigten den Staat um bis zu 32 Milliarden Euro 44

Forum Gewerkschaften

Otto König: Tarifpolitik in Inflationszeiten
Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie 47

Steffen Lehndorff: Gewerkschaften als Treiber der Transformation 50

Richard Detje: Niedergang eines Warenhauskonzerns. Galeria Karstadt Kaufhof wird vor die Wand gefahren, tausende Arbeitsplätze vernichtet 56

Cosimo-Damiano Quinto/Orhan Akman: Ein neues Kapitel Tarifgeschichte
Der ver.di-Digitalisierungstarifvertrag bei H&M und das politische Mandat der Gewerkschaften 60

Geburtstagsgrüße

Redaktion Sozialismus.de: Erfahrungen im Zeitalter der Extreme
Der Sozialist, politische Ökonom und Ökologe Klaus Steinitz wurde 90 66

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Crimes of the Future (Filmkritik) 69

Supplement

Hans-Peter Krüger: **Russland-Ukraine: ein doppelter Stellvertreter-Krieg**

Wer übernimmt Verantwortung für dessen Beendigung?

Gewerkschaften als Treiber der Transformation

von ■ Steffen Lehndorff

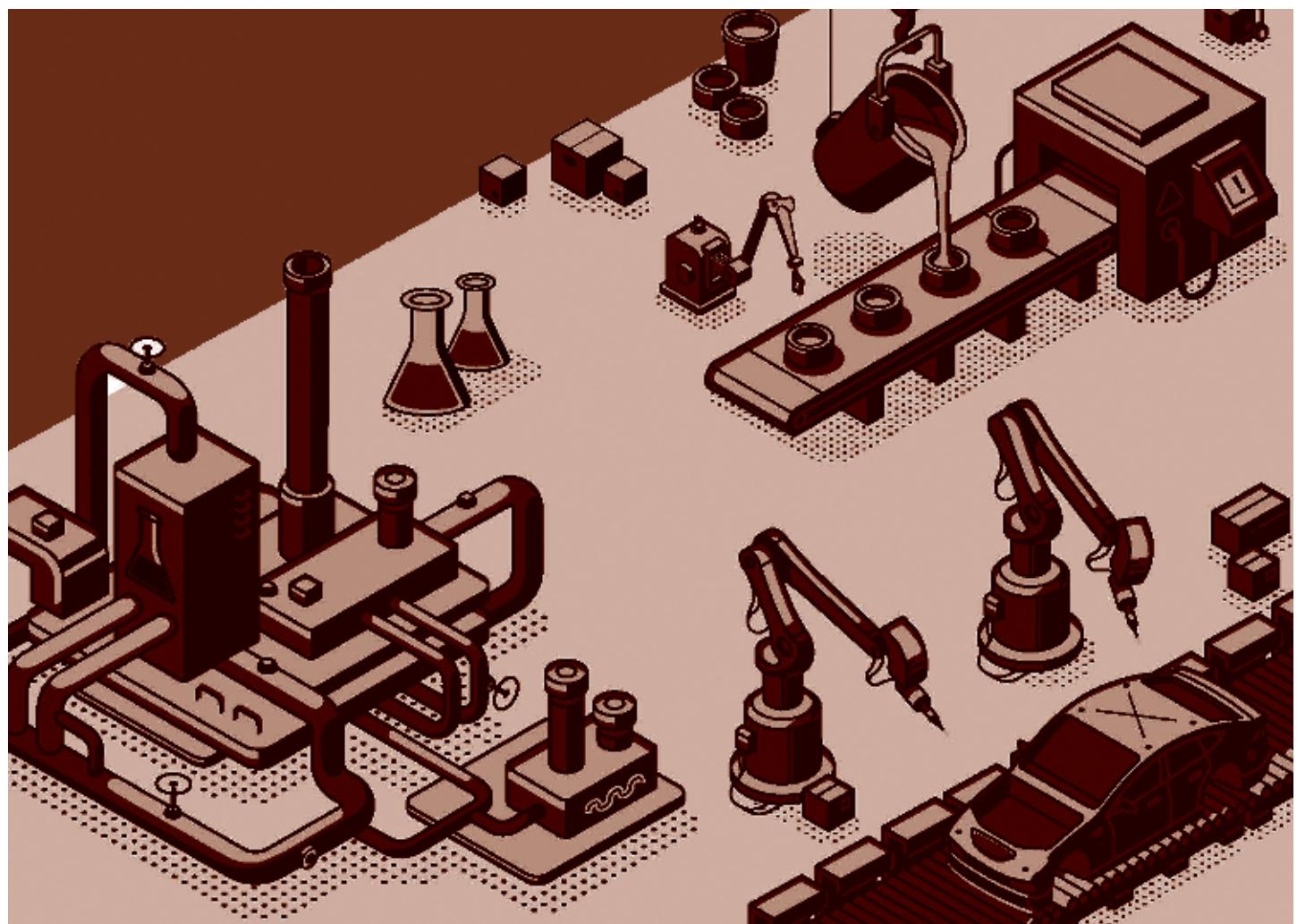
Die sozial-ökologische Transformation der Industrie wird häufig als eine in erster Linie technologische Herausforderung dargestellt. Bereits das Wort *sozial-ökologisch* signalisiert jedoch, dass diese Betrachtungsweise zu kurz greift.

Forum Gewerkschaften

Aus gewerkschaftlicher und politischer Sicht ist die Verbindung von technologischen und wirtschaftspolitischen Innovationen mit Guter Arbeit eine Schlüsselfrage. Denn nur wenn diese Verbindung gelingt, bekommen die bevorstehenden Umwälzungen eine gesellschaftliche Basis, ohne die diese Transformation nicht durchgesetzt werden kann. Das Ökologische geht nur mit dem Sozialen, ebenso wie das Soziale nur mit dem Ökologischen geht.

Wie groß die Herausforderungen sind, ist mittlerweile weitgehend unstrittig. Am Ende des zurückliegenden Jahrzehnts entstanden rund 23% der deutschen Treibhausgasemissionen in der Industrie und 19% im Verkehrssektor. Das im Juni 2021 noch unter der damaligen großen Koalition novellierte Klimaschutzgesetz sieht vor, bis 2030 die Emissionen des Industriesektors um 36,6% und die des Verkehrssektors um 43,3% gegenüber 2020 zu senken. Ambitionierte Ziele, die nicht ohne das Umstrukturieren von Arbeit verwirklicht werden können.

Im Folgenden werden zunächst die größten wirtschafts- und technologiepolitischen Aufgaben sowie besonders dringende Reformen auf dem Arbeitsmarkt skizziert, bevor der Blick auf die Gewerkschaften gerichtet wird: auf die Herausforderungen,



Zeichnung: Sozialismus-Archiv

denen sie gegenüberstehen, und erste Maßnahmen, mit denen sie auf diese Herausforderungen antworten.¹

Grundlegende technologische und wirtschaftliche Weichenstellungen

Führende Forschungsinstitute haben die für das Erreichen der genannten Ziele erforderlichen technologischen Voraussetzungen herausgearbeitet (vgl. u.a. Agora Energiewende/Wuppertal Institut 2019; Prognos/Öko-Institut/Wuppertal-Institut 2021). In den vorgeschlagenen Strategien geht es im Kern immer um drei Aufgaben: Bereitstellung klimaneutraler Energieträger, Steigerung der Energieeffizienz und Steigerung der Ressourceneffizienz, also Minderung der Nachfrage nach Primärmaterialien.²

Bei den ersten beiden Aufgaben hat – wenn auch viel zu spät – ein Umdenken und Umsteuern in wichtigen Teilen der Politik und der Großindustrie begonnen (zur Chemie-, Stahl- und Automobilindustrie vgl. Bendel/Haipeter 2022 sowie Blöcker 2022a und 2022b). Unstrittig ist vor allem die ausreichende Verfügbarkeit von Ökostrom als A und O sämtlicher Pläne zur Dekarbonisierung der Industrie und des Verkehrssektors. Dabei wird der Strombedarf insgesamt erheblich über dem heutigen Niveau liegen, weil zum Beispiel in der Chemie- und der Stahlindustrie der Umstieg auf Wasserstoff sehr stromintensiv ist. Hinzu kommt, dass auch bei hohem Importanteil von grünem Wasserstoff die Produktionskapazitäten dafür im In- und Ausland erst noch geschaffen werden müssen (Witt 2022b). Zum Erreichen der Klimaziele ist bereits bis 2030 eine Verdreifachung des Ökostrom-Ausbautempos erforderlich.

Die dafür erforderlichen Infrastrukturen (Stromleitungen, Wasserstoffnetze u. a.) müssen schnell ausgebaut werden. Hinzu kommt der Umstieg auf E-Mobilität, der nur mit einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur gelingen kann – und dies nicht allein in Deutschland. Zu Recht heißt es dazu im Koalitionsvertrag: »Der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss dem Bedarf vorausgehen.« Das wäre schon sehr viel, aber auch das wird nicht ausreichen – nachhaltige Mobilitätskonzepte durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens sowie »smarte Lösungen« (Dispan et al. 2021: 166) sind gefordert, auch wenn deren Entlastungswirkungen teilweise erst mittelfristig eintreten werden.

Was in vielen Diskussionen weniger Beachtung findet, ist die dritte der oben genannten Aufgaben, nämlich die Steigerung der Ressourceneffizienz. Industriebau und Verkehrswende müssen entscheidende Beiträge dazu leisten; Recycling und – allgemeiner gefasst – Kreislaufwirtschaft sind hier Schlüsselaufgaben (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2022: 119–160). Dies schließt ein, die Haltbarkeit von Konsumgütern zu verlängern oder die Anzahl der in Betrieb befindlichen Pkw zu verringern. Offensichtlich ist dies mit besonders großen gesellschaftlichen und arbeitspolitischen Herausforderungen verbunden.

All das setzt einen erheblichen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur voraus. Dies ist grundsätzlich unvereinbar mit dem Festhalten an der Schuldenbremse und der Verweigerung einer umverteilungsbasierten Steuerreform bei gleichzeitig massiver Erhöhung der Rüstungsausgaben (DGB 2022). Darüber hinaus ist in der Privatwirtschaft mit erheblichen zusätzlichen Investi-

tions- und Betriebskosten zu rechnen. »Großen Konzernen [...] kann ein solcher Wandel aus eigener Kraft durchaus zugewandt werden. Vielen kleinen Unternehmen und Betrieben stehen diese Möglichkeiten jedoch nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung.« (Lemb 2021: 297) Ohne staatliche Unterstützung wird dies nicht zu bewältigen sein – was die Anforderungen an die öffentlichen Haushalte weiter erhöht.

Hinzu kommen Strukturbrüche auf dem Arbeitsmarkt mit nach Branchen, Tätigkeiten und Regionen sehr unterschiedlichen Beschäftigungswirkungen. Auch die Zeiträume, in denen positive oder negative Effekte zu erwarten sind, werden sehr verschieden sein. Diese Unübersichtlichkeit löst bei vielen Industriebeschäftigten Sorgen um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes aus. Die Befürchtungen sind angesichts der größer gewordenen sozialen Ungleichheit in Deutschland durchaus berechtigt. Insbesondere die Spaltung des Arbeitsmarkts hat einen objektiv unsicheren und subjektiv verunsichernden Boden für die Durchsetzung der erforderlichen Klimaschutz-Maßnahmen in Industrie und Verkehr geschaffen. Ohne das glaubwürdige Angebot realisierbarer, positiver Alternativen liegt die Gefahr einer Instrumentalisierung derartiger Befürchtungen von rechts auf der Hand.

Vorausschauende Arbeitspolitik als sozialer Eckpfeiler der Transformation

Die sozial-ökologische Transformation der Industrie erfordert ein Sofort- und ein Generationen-Programm. Es muss die ganze Bandbreite der Arbeitspolitik umfassen, also alle staatlichen, tariflichen und betrieblichen Instrumente, mit denen Arbeit und Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst werden können. Die wichtigsten Politikempfehlungen (Bosch 2022) zu fünf Feldern der Arbeitspolitik werden im Folgenden zusammengefasst.

Steffen Lehndorff ist Research Fellow in der Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus Christoph Schmitz/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Das neue Normal. Konflikte um die Arbeit von morgen, Ausgabe 2023, Frankfurt a.M. 2023. Wir danken dem Autor und den Herausgebern.

¹ Der vorliegende Text beruht auf dem Überblick über die Studien des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie«, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gefördert wurde (Lehndorff 2022; zu allen Studien vgl. das Literaturverzeichnis). In diesem Überblickstext finden sich auch zahlreiche Quellenangaben, auf die hier aus Platzgründen zum größten Teil verzichtet wird.

² Zum breiten Spektrum der für erforderlich gehaltenen und teilweise eingeleiteten Maßnahmen vgl. Witt (2022a) und die Übersicht in Lehndorff (2022: 35f.). Sie reichen von staatlichen Investitionen über direkte und indirekte Subventionen und Marktregulierungen (darunter insbesondere die CO₂-Bepreisung, aber auch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie das Neuzulassungsverbot von Verbrennern auf EU-Ebene) bis hin zur internationalen Handelspolitik, bei der z.B. mit Grenzausgleichs-Mechanismen das Unterlaufen hoher Öko-Standards in Deutschland und der EU durch preisgünstigere Konkurrenz aus Ländern mit niedrigen Standards verhindert werden soll (Fritz 2022).

Vorbereitung auf innerbetriebliche Umbrüche

Die Transformation innerhalb der Unternehmen wird bislang durch einen verbreiteten Mangel an vorausschauenden Personalstrategien behindert – insbesondere in kleineren und mittleren Unternehmen. Dies betrifft vor allem die Weiterbildung als wichtige Stellschraube sowohl inner- als auch zwischenbetrieblicher Neuorientierung.

In der bevorstehenden Umbruchphase müssen in relativ kurzer Zeit große Teile der Belegschaften weitergebildet werden. Größere Unternehmen sind in der Lage, dies mit eigenen Mitteln zu bewältigen. Kleine und mittlere Unternehmen dagegen sind häufig auf externe Angebote, auf – meistens noch zu

schaffende! – Netzwerke mit anderen Unternehmen sowie auf eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit angewiesen. Als

Begleitmaßnahme schlägt die IG Metall die Einrichtung eines Transformationskurzarbeitergelds vor.

Ein weiteres wichtiges Hilfsmittel können temporäre betriebliche oder branchenspezifische Verkürzungen der Regelarbeitszeit sein. Einige Tarifverträge bieten dazu mittlerweile Möglichkeiten, allerdings nur vereinzelt mit Teillohn ausgleich.

Eine aktive Personalstrategie muss jedoch weit im Vorfeld derartiger Umbrüche entwickelt werden. Mit betrieblichen Zukunftsvereinbarungen, für die es in der Metallindustrie seit 2021 einen tarifpolitischen Rahmen gibt, können je nach konkreter Ausgestaltung Betriebsräte die Chance erlangen, frühzeitig in betriebliche Planungen einbezogen zu werden und z. B. auf die Feststellung des Weiterbildungsbedarfs und den Ausbau der Berufsbildung hinzuwirken zu können.

Strategien für zwischenbetriebliche Übergänge im Fall drohender Entlassungen

Für die Vorbereitung zwischenbetrieblicher Übergänge muss mit dem Paradigma der Agenda 2010 gebrochen werden, dass möglichst schnelle Vermittlung auf jeden verfügbaren Arbeitsplatz oberste Priorität habe. Eine investive Arbeitsmarktpolitik muss »work first« ersetzen durch »train first«: Beratung und Qualifizierung, die zu einer anderen gleich- oder höherwertigen Tätigkeit befähigen, müssen Vorrang vor schneller Vermittlung bekommen.

Erste Schritte in diese Richtung sind in den letzten Jahren unternommen worden. So ermöglicht es das »Arbeit-von-morgen-Gesetz« seit 2020, Weiterbildungsmaßnahmen auch über die Dauer der Transfergesellschaften hinaus fördern zu lassen. Dies erfordert jedoch qualitativ hochstehende Dienstleistungen, die bislang vielfach nicht gegeben sind. Darüber hinaus wäre die Wiedereinführung eines eigenen Unterhaltsgeldes für Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll.

Unterstützung des freiwilligen Wechsels von schrumpfenden in wachsende Tätigkeitsbereiche

Für Förderinstrumente, die Beschäftigte zu individueller Neuorientierung ermutigen, empfiehlt sich ein Blick nach Österreich. Dort wird seit einigen Jahren mit Fachkräftestipendien die Ausbildung in Mangelberufen gefördert und eine Bildungszeit sowie eine »Bildungskarenz« bieten finanziell unterstüt-

zende Möglichkeiten der Weiterbildung z.B. in Verbindung mit einer temporären Arbeitszeitverkürzung bei Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses.

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung sieht die Einführung einer Bildungszeit ebenso vor wie die Schaffung eines »Lebenschancen-BAföG«, das eine Erhöhung der Altersgrenzen, eine Erhöhung der Regelsätze und den Ausbau der elternunabhängigen Förderung beinhaltet soll. Als darüber hinausgehendes Vorbild mit hoher Altersgrenze und hohen Fördersätzen für schon länger Berufstätige bietet sich das schwedische »Erwachsenen-BAföG« an.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Berufsberatung im Erwerbsverlauf. Dazu sollten die Modellversuche in einigen Arbeitsmarktreichen mit offener Beratung für alle veränderungsinteressierten Personen im Erwerbsalter ausgebaut werden – ohne direkte Verknüpfung mit einer Vermittlung zwecks zielgenauerer regionaler Steuerung des Arbeitsangebots.

Generationenübergreifende Modernisierung der Berufsbildung

Das deutsche System der beruflichen Bildung bietet günstige Voraussetzungen für kontinuierliche, generationenübergreifende Modernisierungen. Die größte Herausforderung in der Transformation sind jedoch nicht die Ausbildungsinhalte, sondern die sinkenden Ausbildungskräfte. Die Gründe hierfür reichen von der aus Kostengründen abnehmenden Ausbildungsbereitschaft von Betrieben über die unzureichende Schulbildung vieler junger Menschen und das Abrutschen von Fachkräften in den Niedriglohnsektor bis hin zur zunehmenden Orientierung vieler Jugendlicher und ihrer Eltern auf eine akademische Ausbildung.

Unmittelbar erforderlich ist vor diesem Hintergrund zunächst eine Umlagefinanzierung der betrieblichen Berufsbildung, die die ausbildenden Betriebe ent- und die Trittbrettfahrer:innen belastet. Dies allein wird jedoch »an den unzureichenden schulischen Kenntnissen vieler Jugendlicher und an der sinkenden Attraktivität einer Ausbildung in Branchen mit hohen Niedriglohnanteilen wenig ändern können. Sie muss daher eingebettet sein in eine Politik schulischer Reformen, der aktiven Förderung von Jugendlichen beim Übergang in den Beruf und einer lohnpolitischen Aufwertung von Facharbeit durch eine Erhöhung der Tarifbindung« (Bosch 2022: 33).

Lohnpolitische Flankierung des Strukturwandels durch Stärkung der Tarifbindung

Die Spaltung (»Dualisierung«) des deutschen Arbeitsmarkts gehört zu den größten Hindernissen, die bei einer sozial-ökologischen Transformation der Industrie zu überwinden sind. Heute werden nur noch rund 53% aller Beschäftigten nach Tarif bezahlt, mit abnehmender Tendenz und starkem West-Ost- sowie Industrie-Dienstleistungs-Gefälle. Letzteres ist nicht zuletzt im Hinblick auf den dringend erforderlichen Ausbau sozialer Dienstleistungen in Verbindung mit der Schaffung wesentlich attraktiverer Beschäftigungsbedingungen eine große Hürde für den notwendigen Strukturwandel. Die Gefahr ist groß, nach dem Verlust eines tariflich geschützten und gut bezahlten Arbeitsplatzes in eine Branche mit niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsbedingungen abzurutschen.

Die Erhöhung der Tarifbindung ist deshalb eine der Schlüsselaufgaben der arbeitspolitischen Flankierung der sozial-ökologischen Transformation der Industrie und wird absehbar eines der großen Konfliktfelder der kommenden Jahre.

Starke Hebel zur Umkehrung des Deregulierungstrends sind Erleichterungen der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen sowie Tariftreuegesetze für öffentliche Aufträge (Schulten 2021). Letzteres soll laut Koalitionsvertrag mit der Verpflichtung in Angriff genommen werden, »die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrags der jeweiligen Branche« zu binden. Einige Bundesländer gehen hier bereits voran. Eine derartige Regelung sollte darüber hinaus für alle Aufträge auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene sowie für die Sozialversicherungen obligatorisch gemacht werden.

Deutlich unklarer ist der Koalitionsvertrag, wenn es um die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen geht. Hier muss es vor allem darauf ankommen, die Blockademöglichkeit durch Arbeitgeberverbände abzuschaffen. Konzepte dazu liegen vor; eine diesbezügliche Gesetzesinitiative der Länder Bremen, Berlin und Thüringen fand allerdings im Bundesrat bislang keine Mehrheit. Als hilfreich kann sich der Vorschlag der EU-Kommission für eine Mindestlohn-Richtlinie erweisen, der die Mitgliedsstaaten zu Aktionsplänen für das Erreichen einer nationalen Tarifabdeckung von mindestens 70 Prozent verpflichten soll.

Selbstverständlich würde all dies die gewerkschaftlichen Organizing- und Erschließungsprojekte in keiner Weise über-

flüssig machen. Allerdings würde dann teilweise nicht mehr das Ob eines Tarifvertrages, sondern dessen Qualität im Zentrum der Kampagnen stehen. Für das Gelingen einer sozial-ökologischen Transformation der Industrie wäre dies eine unverzichtbare Flankierung.

Alles in allem lassen sich also die nächsten arbeitspolitischen Schritte für die sozial-ökologische Transformation der Industrie realistisch beschreiben. Auf Politikfeldern wie der Erhöhung der Tarifbindung dürfte deren Realisierung jedoch sehr konfliktreich werden.

Forum Gewerkschaften

Die Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungs- und Konfliktfähigkeit

Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus und nach dem Intermezzo der Weltwirtschaftskrise von 2008ff., als der Staat als Retter in der Not und Lückenbüßer akzeptiert wurde, wird dem Staat heute wieder weithin eine Schlüsselrolle als strategischer Investor und regulatorischer Wegbereiter zuerkannt – bei allen strittigen Themen im Einzelnen. So wichtig wie dies ist, bedarf es gerade deshalb eines breiten Engagements gesellschaftlicher Akteur:innen und insbesondere der Gewerkschaften, um die Richtung staatlicher Politik beeinflussen zu können.

Dies betrifft vor allem solche Politikbereiche, in denen die Vorstellungen nicht nur der Umweltverbände, sondern auch der Gewerkschaften deutlich über den industrie-politischen Konsens mit der Arbeitgeberseite und der Regierung hinausgehen.



Foto: Oliver Llanera | Hesse / Code[on] CC BY-NC-ND 2.0



Rohstoffe – auf ins grüne Glück?

Außerdem:

Wahlen in Bosnien |
Chile nach dem Referendum |
Restitution in Frankreich

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

So enthält das »#Fairwandel« – Programm der IG Metall (2021a und 2021b) u. a. Forderungen nach finanzieller Unterstützung einer zweiten Ausbildung, nach Verknüpfung staatlicher Unterstützung von Unternehmen z. B. mit Beschäftigungs- und Investitionszusagen oder dem Abschluss eines Zukunftstarifvertrages zur Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte, zur Förderung ressourcenschonender Recyclingwirtschaft und vor allem zur Finanzierung der großen öffentlichen Investitionen durch eine Abkehr von der schwarzen Null, eine »Anpassung« der Schuldenbremse sowie umfassende Steuerreformen (progressive Vermögensteuer, höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen, Entlastung geringer und mittlerer Einkommen). Es ist absehbar, dass diese Themen in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle in den öffentlichen Kontroversen im Zusammenhang mit der Klimapolitik spielen werden.

Hier kommt es darauf an, gewerkschaftliche Handlungs- und Konfliktfähigkeit möglichst rasch aufzubauen und weiterzuentwickeln. Aufbauen und Weiterentwickeln bedeutet zweierlei: erstens Stärkung der Handlungsfähigkeit »von unten«, und zweitens eigenständiges politisches Engagement. Bereits die ersten praktischen Schritte und die sich abzeichnenden Herausforderungen auf diesem Weg, die im Folgenden kurz beleuchtet werden, machen deutlich: Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

Handlungsfähigkeit »von unten«

Aus gutem Grund fordern die Gewerkschaften die Ausweitung von *Mitbestimmungsrechten* auf Fragen der Zukunft des Betriebes. Zeigen doch viele bisherige Erfahrungen insbesondere in der Automobilzulieferindustrie, dass Betriebsräte erst dann mit den Konsequenzen fehlender Neuorientierungen konfrontiert werden, wenn der Zug schon abgefahren ist. Die Frage ist nur: Verfügen Betriebsräte über ausreichendes Know-how, um rechtzeitig Initiativen gegenüber der Geschäftsführung entwickeln zu können?

Eine gute Möglichkeit zur Entwicklung von Zukunftskonzepten bieten zum Beispiel betriebliche »Potenzialworkshops« (Schwarz-Kocher/Stieler 2019), in denen die vor Ort vorhandenen Fähigkeiten vor dem Hintergrund der zukünftigen Erfordernisse und Chancen analysiert werden. In dieselbe Richtung zielen auch »betriebliche Transformationsseminare«, die von Betriebsräten oder gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern mit Beschäftigten durchgeführt werden. Einen Ansatzpunkt für betriebliche Strategie-Verhandlungen können die Zukunftstarifverträge in der Metallindustrie bieten – auch wenn dieser nüchterne Hinweis ernst zu nehmen ist: »Die Verhandlungen und die Zukunftstarifverträge müssen noch mit Inhalten, mit Leben gefüllt werden.« (IMU 2021) Die Ausbildung und der Einsatz von »Veränderungsmoderator:innen« innerhalb der IG Metall sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt, um Betriebsratsmitglieder in derartigen beteiligungsbasierten Projekten zu unterstützen.

Die Mobilisierung betrieblichen Fachwissens ist zugleich eine entscheidende Voraussetzung für eine transformationsori-

tierte *regionale Strukturpolitik*, nach Möglichkeit mithilfe koordinierender Organe wie zum Beispiel so genannter *Transformationsräte*. Dreh- und Angelpunkt hierfür sind innovative regionale Akteurs-Netzwerke – nicht zuletzt vor dem Hintergrund z. T. negativer Erfahrungen beim regionalen Strukturausbau. Wichtig ist es, Leitbilder und Gemeinschaftsprojekte zu entwickeln, um öffentliche Mittel strategisch sinnvoll einzusetzen zu können. Bodenhaftung bekommen derartige Leitbilder durch die Kenntnis der »aktuellen Standortfaktoren« und der »sektorale Kompetenzen« der betreffenden Region (Greiß et al. 2019: 49), und die kann nur aus den Betrieben beigesteuert werden.

Die Verkehrswende wird Bestandteil derartiger Leitbilder sein müssen. So schlagen Sittel et al. (2020: 171ff.) vor, in Thüringen eine »Modellregion nachhaltige Mobilität« zu entwickeln, in der viele Einzelmaßnahmen gebündelt werden – vom Betrieb über die Industriepolitik bis hin zur Hochschulforschung. Sehr wichtig wird dabei die Einbeziehung der Kommunen wegen ihrer Schlüsselrolle bei der regionalen Verkehrswende sein, aber auch wegen ihres hohen Anteils (immerhin 55%) an allen öffentlichen Investitionen. Nicht zuletzt werden die Leitbilder auch regionale Daseinsvorsorge und Bildungspolitik als zentrale Motoren der Potenzialentwicklung einschließen müssen.

Die hier skizzierten Herausforderungen werden derzeit in einigen regionalen und örtlichen Transformationsprojekten praktisch angegangen. Erste Beispiele sind die von der IG Metall initiierten »Regionalen Transformationsnetzwerke« in Südniedersachsen und im Saarland.³ Die hier gesammelten Erfahrungen müssen in den Gewerkschaften und gemeinsam mit anderen Akteur:innen immer wieder ausgewertet werden, wenn die Transformation gelingen soll.

Politisches Engagement

Das Beispiel der regionalen Strukturpolitik zeigt bereits: »Vom Betrieb her denken« und »politisches Mandat« sind zwei Seiten einer Medaille. Besonders deutlich wird dies beim Blick auf die *Tarifbindung*. Die Durchsetzung von Tariftreueregelungen und die gesetzgeberische Überwindung der Arbeitgeberverbands-Blockade von Allgemeinverbindlicherklärungen gehören, wie oben gezeigt wurde, zu Eckpfeilern der sozial-ökologischen Transformation.

Ähnliches gilt auch für andere Politikfelder. Ein Beispiel von strategischer Bedeutung ist die Idee der *Transformationsfonds*. Angesichts der umfangreichen Förderung aus öffentlichen Mitteln drängt sich die Frage auf, welche Gegenleistungen die Unternehmen dafür erbringen müssen. Denn »anders als in der Finanzkrise sollen nicht nur Förderkosten und Verluste sozialisiert werden, sondern auch die Erträge« (Kajsa Borgnäs, seinerzeit Geschäftsführerin der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, zit. nach IMK 2020; vgl. ebenso Lemb 2021). Einen wichtigen Beitrag zur Konkretisierung dieser auch von der IG Metall unterstützten Idee leistet das Gutachten, das die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE zusammen mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erstellt hat (Dullien et al. 2021). Es schlägt die Schaffung eines kreditfinanzierten Transformationsfonds in Höhe von 120 Milliarden Euro vor, der Beteiligungen des Bundes mit Blick auf klimafreundliche Technologien, Produktionsprozesse sowie Produkte bün-

delt und renditeorientierte Großinvestitionen in den Industrie-sektoren fördern soll. Durch die Beteiligung kann der Bund ein Beteiligungsvermögen aufbauen und an zukünftigen Renditen partizipieren. Zugleich kann Einfluss auf die Umsetzung der Klimaziele genommen oder auch die Einhaltung von Tarifverträgen und eine Beteiligung der Gewerkschaften eingefordert werden.

Das Thema der finanziellen Förderung der sozial-ökologischen Transformation der Industrie mit öffentlichen Mitteln rückt erneut den neuralgischen Punkt ins Blickfeld: die *öffentlichen Haushalte*. Ohne eine Abkehr von der schwarzen Null und eine (zumindest) Reform der Schuldenbremse ist es unrealistisch, die von der IG Metall für erforderlich gehaltenen zusätzlichen öffentlichen Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro bis 2030 zu schultern – und dies umso mehr, als die Klimapolitik der Konkurrenz mit rasant steigenden Rüstungsausgaben ausgesetzt wird. Und da es nicht »nur« um die Finanzierung der Transformation geht, sondern auch um die soziale Abfederung von Transformationskosten und den Ausbau der sozialen Infrastruktur, sind auf Umverteilung basierende Steuerreformen ebenso entscheidend. Diese Themen werden in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle in den öffentlichen Kontroversen im Zusammenhang mit der Klimapolitik spielen.

Schlussbemerkung

Die sozial-ökologische Transformation der Industrie wird in den Alltag von Millionen Menschen eingreifen. Dies erfordert die Entwicklung einer gesellschaftlichen Basis der Veränderung. Industrie- und branchenpolitische Foren auf Bundesebene sind zweifellos unverzichtbar. Hier muss das politische Mandat der Gewerkschaften in enger Kooperation mit Umweltverbänden in die Waagschale geworfen werden, um aus marktwirtschaftlich dominierten technologischen Innovationen eine sowohl soziale als auch ökologische Transformation zu machen. Zugleich hängt der politische Erfolg der Gewerkschaften davon ab, welche Bodenhaftung derartige Bemühungen in den Betrieben und Regionen haben. Erste Schritte werden hier gemacht. Sie gilt es kontinuierlich auszuwerten. Denn die Transformation kann nur gelingen, wenn sie als gesellschaftspolitischer Prozess begripen wird, in dessen Verlauf immer wieder aus Erfahrungen zu lernen ist.

Literatur

Die Studien des Projekts

»Sozial-ökologische Transformation der Industrie«

Bendel, Alexander/Haipeter, Thomas (2022): Die chemische Industrie zwischen Globalisierung und Industriepolitik.

Blöcker, Antje (2022a): »Grüner Stahl« – wie geht das?

Blöcker, Antje (2022b): Die Autoindustrie: Es geht um mehr als den Antrieb.

Bosch, Gerhard (2022): Arbeitspolitik in der Transformation: Soziale Härten vermeiden.

Fritz, Thomas (2022): Wettbewerb im Treibhaus: EU-Emissionshandel und CO₂-Grenzausgleich.

Lehndorff, Steffen (2022): Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie? Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt – Ein Überblick.

Witt, Uwe (2022a): Klimapolitischer Rahmen für den Industriebau.

Witt, Uwe (2022b): Wasserstoff: Zentrales Element für den Industriebau.

Alle Studien sind online zu finden unter <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656740.industriebau.html>.

schaftspolitik.de/de/article/10656740.industriebau.html.

Forum Gewerkschaften

Weitere zitierte Literatur

Agora Energiewende/Wuppertal Institut (2019): Klimaneutrale Industrie: Schlüsseltechnologien und Politikoptionen für Stahl, Chemie und Zement, Berlin.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2022): Raus aus dem Klimanotstand. Ideen für den Umbruch, Köln.

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2022): Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Beschluss Initiativantrag I001, unter: <https://bundeskongress.dgb.de/antraege>.

Dispan, Jürgen/Schwarz-Kocher, Martin/Stieler, Sylvia (2021): Industriepolitische Herausforderungen für die Automobilindustrie, in: Lemb (Hrsg.), S. 159–174.

Dullien, Sebastian/Rietzler, Katja/Tober, Silke (2021): Ein Transformationsfonds für Deutschland. Gutachten des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) für die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Düsseldorf/Hannover.

Greib, Martina/Wörlein, Christine/Richter, Fabian/Ötsch, Rainald/Witt, Uwe/Troost, Axel (2019): Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Studien 4/2019, S. 9–72.

IG Metall (2021a): #Fairwandel – Deutschland muss Industrieland bleiben, unter: www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/bundestagswahl/fairwandel-deutschland-muss-industrieland-bleiben.

IG Metall (2021b): Eine gerecht finanzierte Investitionsoffensive für die Transformation, metallpositionen 3/2021, unter: www.igmetall.de/download/20210625_2021_06_25_metalldpositionen_3_InvestitionenFinanzen_b749e50bed7afc93f00bb93ba070729688c5ed0c.pdf.

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2020): Sozial-ökologische Transformation – »Wer frühzeitig dabei ist, erschließt riesige Technologiemärkte«, 4.12.2020, unter: www.boeckler.de/de/tagungsberichte-18029-IMK-Forum-sozial-oeklogische-Transformation-28956.htm.

IMU-Institut (2021): Die Weichen sind gestellt. Transformation in der Umsetzung! IMU-Akzente 32, unter: www imu-institut.de/veroeffentlichungen/publikation/akzente-32-die-weichen-sind-gestellt-transformation-in-der-umsetzung/.

Lemb, Wolfgang (2021): Das Industriemodell der Zukunft: sozial gerecht – ökologisch nachhaltig – demokratisch legitimiert, in: Ders. (Hrsg.): Perspektiven eines Industriemodells der Zukunft, Marburg, S. 295–307.

Prognos/Öko-Institut/Wuppertal-Institut (2021): Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, Berlin/Wuppertal.

Schulzen, Thorsten (2021): Stärkung des Tarifvertragssystems – was bringen die Vorschläge der neuen Bundesregierung? spw 6/2021, S. 48–51.

Schwarz-Kocher, Martin/Stieler, Sylvia (2019): Die Bedeutung regionaler Wertschöpfungscluster der Automobilindustrie im Prozess fortschreitender Globalisierung und der Transformation zur Elektromobilität, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 2/2019, S. 35–56.

Sittel, Johanna/Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Engel, Thomas/Holzschnell, Madeleine (2020): Vor der Transformation. Der Mobilitätskonflikt in der Thüringer Auto- und Zuliefererindustrie, in: Dörre u. a. (Hrsg.): Abschied von Kohle und Automobilindustrie? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M./New York, S. 129–180.

³ Zu Niedersachsen vgl. www.allianz-fuer-die-region.de/aktuelles/presse/pressemeldungen-details/news/allianz-fuer-die-region-ig-metall-und-bmwk-stellen-neues-projekt-zum-aufbau-eines-regionalen-transformationsnetzwerks-vor, zum Saarland www.igmetall-bezirk-mitte.de/transformation/transformationswerkstatt-saar. Ausführlichere Informationen zu diesen im Rahmen des Zukunftsfonds Automobil geförderten Netzwerken finden sich bei Bosch (2022) und Blöcker (2022b).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/ Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/ Forum Gewerkschaften
- Internationales/ Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/ Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonneiere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____ Name, Vorname

_____ Straße

_____ Plz, Ort

_____ Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____ Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de